

38 Seiten
5 A Seiten /

Hauptausschuß

Protokoll

19. Sitzung (nicht öffentlich)

26. September 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 Uhr bis 14.20 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Grätz (SPD)

Stenograph: Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1. Aktuelle Viertelstunde

1

Auf Antrag der CDU-Fraktion befaßt sich der Ausschuß mit der Frage einer Änderung des § 7 Abs. 4 des Landesrundfunkgesetzes Nordrhein-Westfalen.

Hauptausschuß
19. Sitzung

26.09.1991
sr-ma

Seite

2. Entwurf einer 1. Verordnung über die Zuordnung von Übertragungskapazitäten - 1. FrequenzVO NW

4

Vorlage 11/729

Der Ausschuß stimmt der Vorlage mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der GRÜNEN und Abwesenheit der F.D.P. zu.

3. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992)

8

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/2450

In einem ersten Durchgang berät der Ausschuß die ihn tangierenden Einzelpläne des Landtags (01), des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei (02) und des Ministers für Bundesangelegenheiten (09).

Hauptausschuß
19. Sitzung

26.09.1991
sr-ma

Seite

4. Siebtes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

30

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, der CDU und der F.D.P.
Drucksache 11/2030

Der Ausschuß verzichtet wegen noch bestehenden Klärungsbedarfs auf Beratung und kommt überein, den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 17. Oktober abschließend zu debattieren.

5. Beteiligung des Landtags an der Arbeit des Verfassungsrates zur Verfassungsreform

31

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/1813 - 2. Neudruck -

Der Ausschuß kommt einvernehmlich überein, den Antrag in die Beratungen des Papiers "Erhalt und Fortentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung" einzubeziehen.

Mit den Stimmen von SPD, F.D.P. und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU beschließt er, dem Ältestenrat und den Vorsitzenden der Fraktionen des Deutschen Bundestages ein Telegramm zu übermitteln, in dem zum Ausdruck kommt, daß er nachdrücklich dafür eintritt, daß die Landesparlamente an den Beratungen über eine Verfassungsreform angemessen beteiligt werden.

Hauptausschuß
19. Sitzung

26.09.1991
sr-ma

Seite

6. **Gutachterliche Stellungnahme des Landesrechnungshofes zur Finanzlage des Westdeutschen Rundfunks unter Berücksichtigung einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung sowie zu der Forderung der nordrhein-westfälischen Landesregierung, die Rundfunkgebühr vor Ende der Mindestlaufzeit des derzeit geltenden Staatsvertrages anzuheben**

36

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/1918

Der Ausschuß lehnt den Antrag mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der GRÜNEN ab.

7. **Digitaler Satelliten-Hörfunkkanal auf DSF 1 Kopernikus (Position 23,5° Ost)**

38

Vorlage 11/642

Der Ausschuß nimmt die Vorlage zustimmend zur Kenntnis.

8. Bildung einer Kommission für die Zukunftsentwicklung der Stadt Bonn und der näheren Region (auf Antrag der Fraktion der SPD)

38

Der Ausschuß kommt einvernehmlich überein, sich selbst als Kommission für die Zukunftsentwicklung für die Stadt Bonn und der näheren Region zu konstituieren, zu den jeweiligen Beratungen zusätzlich für jede Fraktion ein Landtagsmitglied aus der Region mit beratender Stimme einzuladen und bei Wirtschaftsfragen außerdem auf die Sachkenntnis von Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie zurückzugreifen, wobei alle Landtagsabgeordneten der Wahlkreise Bonns und des Rhein-Sieg-Kreises stets benachrichtigt werden, wenn der Tagesordnungspunkt ansteht.

MD Weber (Ministerium für Bundesangelegenheiten) weist noch darauf hin, daß die ursprünglich vorgesehenen 40 Millionen DM für die Landesvertretung und den "Schaumburger Hof" eingesetzt gewesen seien. Da das zweite Projekt nunmehr nicht verwirklicht werde, habe der Ansatz gekürzt werden können. In diesem Zusammenhang wolle er auch nicht verschweigen, daß die Landesvertretung eine außerordentlich schlechte Bausubstanz habe.

Abgeordneter Büssow (SPD) begrüßt die in den Ausführungen des Ministers zum Ausdruck gekommenen Perspektiven für Bonn auch nach Verlagerung des Parlaments-sitzes nach Berlin; das liege sicherlich im Interesse des Landes.

Keinesfalls aber dürfe ein Verbleiben "ländernaher" Bundesministerien in Bonn dazu führen, daß auf die Forderung der Stärkung des Föderalismus durch eine Verfas-sungsreform verzichtet werde. Man müsse also darauf achten, daß man in seiner Argumentation stringent bleibe.

4. Siebtes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, der CDU und der F.D.P.
Drucksache 11/2030

Abgeordneter Wendzinski (SPD) empfiehlt, die Angelegenheit heute nicht zu beraten, da noch weiterer Klärungsbedarf bestehe. Er schlage vor, den Gesetzentwurf in der Sitzung am 17. Oktober abschließend zu debattieren. - **Der Ausschuß** ist damit einverstanden.

Abgeordnete Höhn (GRÜNE) erbittet eine Gegenüberstellung der einzelnen Leistungen, insbesondere auch der Versorgung, nach den übrigen Abgeordnetengesetzen. - **Der Vorsitzende** weist darauf hin, daß eine entsprechende Arbeit schon mehrere Male vorgelegt worden sei. - **Direktor beim Landtag Große-Sender** sagt zu, das entsprechende Tabellenwerk zu aktualisieren, bittet aber zu berücksichtigen, daß die Vergleichbarkeit von Abgeordnetengesetzen sehr relativ gesehen werden müsse.